



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen
Fraktion Hagen Aktiv im Rat der Stadt Hagen
FDP-Ratsgruppe im Rat der Stadt Hagen
Fraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI
Ratsgruppe Die Linke im Rat der Stadt Hagen
Ratsgruppe HAK im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Dringlichkeitsvorschlag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Hagen Aktiv, Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI und der Ratsgruppen FDP, HAK, Die LINKE.
hier: Vertragsabschlüsse mit Dienstleistern für Mobilitätsangebote

Beratungsfolge:

23.03.2023 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Bei Vergaben an bzw. Vertragsabschlüssen mit Dienstleistern für Mobilitätsangebote im Hagener Stadtgebiet, insbesondere Sharingdiensten, sind der zuständige Fachausschuss, die betroffenen Bezirksvertretungen und der Rat vor der Unterzeichnung von Verträgen und Vereinbarungen zu beteiligen.

Gleiches gilt für substanzelle Veränderungen oder Zusatzvereinbarungen. Der Rat macht somit von seinem Recht nach §41 (3) GO NRW Gebrauch, sich die Entscheidungen für derartige Verträge vorzubehalten.

Kurzfassung
entfällt

Begründung
siehe Anlage



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

keine Auswirkungen (o)

Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Hagen Aktiv, BfHo / Die PARTEI und Ratsgruppen FDP, HAK, DIE LINKE

Faktionen und Gruppen, Rathausstraße 11. 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister

Erik O. Schulz

Rat der Stadt Hagen

- im Hause -

Hagen, 23.03.2023

Dringlichkeitsantrag: Vertragsabschlüsse mit Dienstleistern für Mobilitätsangebote, RAT, 23.03.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

gemäß § 6 Absatz 2 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des 8. Nachtrages vom 20. Mai 2021 stellen wir für die Sitzung des Rates der Stadt Hagen am 23.03.2023 folgenden Antrag:

Antrag:

Bei Vergaben an bzw. Vertragsabschlüssen mit Dienstleistern für Mobilitätsangebote im Hagener Stadtgebiet, insbesondere Sharingdiensten, sind der zuständige Fachausschuss, die betroffenen Bezirksvertretungen und der Rat vor der Unterzeichnung von Verträgen und Vereinbarungen zu beteiligen.

Gleiches gilt für substanzelle Veränderungen oder Zusatzvereinbarungen. Der Rat macht somit von seinem Recht nach §41 (3) GO NRW Gebrauch, sich die Entscheidungen für derartige Verträge vorzubehalten.

Begründung:

Die breite Diskussion über die Einführung und Ausgestaltung der Nutzung von Sharingangeboten für Elektroroller in der Politik und der allgemeinen Öffentlichkeit hat gezeigt, dass eine politische Beteiligung bis zum Vertragsabschluss mit den entsprechenden Anbietern von Mobilitätsangeboten notwendig und sinnvoll ist. So hat die Politik in Unkenntnis der vertraglichen Vereinbarungen mit dem Elektroroller-Anbieter „Zeus“ über Probleme zumeist aus der Presse erfahren. Es wird hier insbesondere auch darauf verwiesen, dass diese Angebote eine entsprechend starke Auswirkung auf den öffentlichen Raum haben und die Politik Schwierigkeiten bei der Umsetzung regelmäßig gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vertreten muss.

Der Antrag ist als Dringlichkeitsantrag zu behandeln, da die Verwaltung laut Information an den UKM und die Presse kurz vor dem Abschluss von Verträgen mit einem oder mehreren neuen Anbietern für Sharingangebote steht.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Klepper

Vorsitzender CDU-Fraktion

Claus Rudel

Vorsitzender SPD-Fraktion

Jörg Fritzsche

Sprecher Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Josef Bücker

Vorsitzender Fraktion Hagen Aktiv

Frank Schmidt

Vorsitzender Fraktion BfHo / Die PARTEI

Claus Thielmann

Sprecher Ratsgruppe FDP

Ömer Oral

Sprecher Ratsgruppe HAK

Ingo Hentschel

Sprecher Ratsgruppe DIE LINKE